

„Wer schwätzt, der fliegt!“ – Hatte die CSU unter dem damaligen Innenminister Friedrich ein einführendes Verständnis für den Whistleblower Edward Snowden? Wohl kaum! Nicht einmal politisches Asyl käme in Betracht, meinte Friedrich damals. Sollten wir nun also Mitleid haben mit Friedrichs selbst, der in seiner Funktion als Innenminister, der er damals ja (im Oktober 2013) noch war, als die Koalitionsverhandlungen mit der SPD liefen, vertrauliche Amtsinformationen ausplauderte, um schlimmeres zu vermeiden, wie er jetzt selbst sagt? Wohl Kaum!

Denn wenn es keine strafrechtlichen Momente gibt, die gegen Edathy vorgetragen werden können, dann gibt es immer noch die Indiskretion von Friedrich, aber es gäbe zunächst keinen Grund, Edathy von politischen Ämtern fernzuhalten – außer man hätte andere, z.B. auch politische Vorbehalte von Seiten der Union gehegt!

Dass Friedrich jetzt seinen Hut nimmt, ist somit völlig in Ordnung! Dagegen mutet die Glorifizierung der CSU-Kumpanen geradezu peinlich an, wenn man noch nicht vergessen hat, dass CSU-Mafiosi Seehofer (BMW-Spende und EU-Abgasentscheidung) noch vor ein paar Wochen in Bezug auf sog. „Armutsfüchtlinge“ posaunte, dass „Wer betrüge, fliege!“ Insofern hat der CSU Innenpolitiker Hans-Peter Uhl wohl nicht ganz verstanden, dass eine „Gefälligkeit für die SPD“ (TV, 15/16.02.14), wie er sagt, eben eine „Gefälligkeit“ ist, die die Grenze zur Korruption und daher zu mafiosen Strukturen erheblich verwässert – ebenso wie die Einschätzung, ob es sich bei Edathy um den Beitz kinderpornographische Bilder handelt oder nur um nackte Kinderbilder, die lediglich den guten Geschmack verletzen, darum aber dennoch „moralisch“ völlig indiskutabel seinen, aber Strafrechtlich nicht belangt werden können. Auf beiden Seiten treten die gleichen dunklen bzw. zwielichtigen Strukturen zu Tage.

Allerdings wird Edathy – laut Medienberichten der Staatsanwaltschaft – vorgewarnt worden sein, auch wenn er selbst das bestreitet (vgl. TV, ebd.). Hier muss weiterermittelt werden, denn es ist nicht sehr glaubwürdig, dass eventuelle Vorwarnungen von Seiten des Innenministeriums an Edathy lanciert wurden. Eher scheint es doch wohl innerhalb der SPD undichte Stellen und lange Parteilandschaften gegeben zu haben, denn man muss ja auch in der SPD nachvollziehbar begründet haben, weshalb Edathy bei den Postenschachereien während der Koalitionsverhandlungen eben nicht mit einem Amt bedacht wurde.

Sollte es also auch bei SDP undichte Stellen gegeben haben, muss der gleiche Grundsatz gelten: „Wer schwätzt, der fliegt!“ – Schließlich gibt es da noch einen großen Unterschied zwischen Edward Snowden und so manchen amtsgeilen deutschen Politikern, der nicht verwässert werden sollte. Die Staatsanwaltschaft sollte hier weiter ermitteln und im Zweifelsfall auch eidesstattliche Erklärungen von SPD-Politikern einholen, um klare Verhältnisse zu schaffen.